



FRANZÖSISCHER PHILOSOPH KRITISIERT MERKEL UND DEUTSCHEN

„MORALISMUS“

Finkielkraut: „Juden zahlen Preis für unregulierte Zuwanderung“

Der französische Philosoph und Autor Alain Finkielkraut sieht in der deutschen Flüchtlingspolitik seit 2015 die wesentliche Ursache für gravierende Fehlentwicklungen in Europa. „Ohne Angela Merkels `Wir schaffen das!` und die Million Einwanderer, die Deutschland 2015 aufgenommen hat, hätte es keinen Brexit gegeben“, [sagte Finkielkraut der WELT](#). Er sei sich sicher: „Wir schaffen das!` war einfach Unsinn“, so der Philosoph. „Die Grenzöffnung hat viele Europäer verunsichert und für einen ‚pathologischen Populismus‘ überall in Europa gesorgt.“

Merkels Mixtur aus „extremen Moralismus und wirtschaftlichen Interessen“

Europa sei nicht berufen, eine multikulturelle Gesellschaft zu werden, sondern müsse die Europäer vielmehr schützen. Die Deutschen hätten sich mit dieser Politik von der Nazi-Vergangenheit freikaufen und zu einer moralischen tadellosen

Bevölkerung werden wollen, so Finkielkraut. In Wahrheit war dies aber eine Mixtur aus „extremen Moralismus und wirtschaftlichen Interessen“.

Den Preis zahlten überall in Europa die Juden, die zum ersten Opfer eines neuen radikalen Islam geworden seien, der sich, so Finkielkraut, nicht zuletzt aus der unregulierten Zuwanderung speist. Auch Frankreichs Antisemitismus wurzele nicht in einer Neuauflage des Faschismus, sondern sei Ausfluss eines islamischen Extremismus, so der Philosoph weiter. Finkielkraut, Mitglied der Gelehrtenengesellschaft Académie française, gilt als einer der wichtigsten Gegenwartsdenker Frankreichs.

„Immer mehr Juden in Europa sprechen Klartext“

[Die deutsche JAfD](#) (Juden in der AfD) kommentiert: „Immer mehr Juden in Europa sprechen Klartext. Der Zentralrat der Juden in Deutschland isoliert sich mit seiner merkeltreuen Haltung immer weiter. Finkielkraut teilt damit die Positionen der JAfD. Es waren die Mitglieder der JAfD, die sich mutig gegen alle Widerstände zur organisierten jüdischen Speerspitze gegen Merkel gebildet haben. .. Es ist erfreulich, dass jetzt auch prominente Juden nachziehen.“

Verdrehungen in der deutschen Presse – Gelbwesten-Antisemitismus ging von Salafist aus

Alain Finkielkraut kam in Frankreich wieder ins Gespräch, als er am Rande einer Gelbwesten-Demo antisemitische Beschimpfungen und Pöbeleien erlebte. Während die [deutsche Presse pauschal](#) die Gelbwesten für diese Vorfälle verantwortlich macht, wird Finkielkraut differenzierter: der „Gelbwesten“-Vertreter, der den jüdischen Intellektuellen beschimpfte, stammt offenbar aus der salafistischen Szene und ist den französischen Sicherheitsbehörden bekannt. Bei den Männern, die ihn am vergangenen Samstag bedrohten, habe eine „Pogromstimmung“ geherrscht. Der arabische Rädelsführer habe

auf sein Palästinensertuch gezeigt und gerufen: [„Frankreich gehört uns!“](#)

Hier die Szene im Video:

Finkelkraut dazu: „Wenn so jemand sagt: Frankreich gehört uns, dann heißt das: Frankreich ist dazu bestimmt, islamischer Boden zu werden. Es handelte sich ganz offensichtlich um einen ganz besonders fanatischen Anhänger von der These des Bevölkerungsaustausches.“

„Rechte“ Übergriffe auf Juden nur 13 % – Muslimische 30% und linke 21 %



ANTISEMITISMUS

Juden fühlen sich vornehmlich durch Muslime und Linke bedroht!

„Das Problem ist, wenn ein Täter nicht ermittelt werden kann, wird diese Tat von der Polizei automatisch dem rechten Spektrum zugeordnet.“

Josef Schuster,
Vorsitzender des Zentralrats der Juden

Experiences and perceptions of antisemitism
Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU

IFRA

BJÖRN HÖCKE

T
a
t
s
ä
c
h
l
i
c
h
s
i
n
d
,
ü
b

ereinstimmend zu Finkelkrauts Warnungen, laut einer aktuellen EU-Studie, [auf die auch Björn Höcke hinwies](#), 30 Prozent der antisemitischen Belästigungen und Gewalttaten muslimisch;

gleich nach der Gruppe der Muslime wurden mit 21 Prozent Täter »mit linker politischer Sichtweise« genannt. Besonders häufig geht nach diesen Erfahrungsberichten eine Bedrohung von »Muslimen mit linker politischer Auffassung« aus (33 Prozent). Übergriffe von Tätern »mit rechter politischer Sichtweise« wurden deutlich weniger verzeichnet, nämlich 13 Prozent.